

12437/AB
= Bundesministerium vom 19.12.2022 zu 12739/J (XXVII. GP) bmkoes.gv.at
 Kunst, Kultur,
 öffentlicher Dienst und Sport

Mag. Werner Kogler
 Vizekanzler
 Bundesminister für Kunst, Kultur,
 öffentlichen Dienst und Sport

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.758.042

Wien, am 19. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Köllner, MA, Genossinnen und Genossen haben am 19. Oktober 2022 unter der Nr. **12739/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend einer österreichweiten Strategie für mehr legale Mountainbike-Strecken gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wer ist im Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport dafür zuständig, die legalen Mountainbike-Möglichkeiten in Österreich zu verbessern?*

In meinem Ressort ist in der Sektion Sport die Abteilung I „Sportstrategie, Sport und Gesellschaft, Sportbericht“ mit der Weiterentwicklung des Themas „Mountainbikestrategie“ beauftragt.

Zu den Fragen 2 und 3:

- *Inwieweit wird an einer gemeinsamen Strategie von Bund und Ländern zur Verbesserung der legalen Mountainbike-Möglichkeiten in Österreich gearbeitet?*
- *Wie oft bzw. in welchen Abständen findet ein Austausch zwischen dem Bundesministerium und den zuständigen Stellen in den Bundesländern statt?*

Im Mai 2022 fand auf Einladung des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) ein erstes Treffen zwischen Vertreter:innen des BMKÖS, des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) und des damaligen Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) unter Einbindung von Expert:innen statt. Bei diesem Treffen wurde die Notwendigkeit einer weiteren und vertiefenden Auseinandersetzung mit dem Thema Mountainbikestrategie allgemein anerkannt. Angesichts der rechtlichen und politischen Zuständigkeit der Bundesländer bei wesentlichen Aspekten des Themas war auch die Notwendigkeit einer Kooperation mit den Bundesländern unbestritten.

Vertreter:innen der Sektion Sport haben vom 4. bis 6. Oktober 2022 am Mountainbikekongress in Saalbach teilgenommen. Dort waren auch Vertreter:innen aus den Landesverwaltungen, Tourismusverbänden oder wirtschaftlichen Einrichtungen der Länder anwesend. Am Rande des Kongresses wurde auch die weitere Vorgangsweise besprochen. Seitens des Ministeriums wurde der Vorschlag unterbreitet, das Thema Mountainbikestrategie und –koordination auf die Tagesordnung der Landessportdirektor:innenkonferenz am 17. und 18. November 2022 in Oberpullendorf zu setzen.

Die Landessportdirektor:innenkonferenz hat dazu folgenden Beschluss gefasst: „*Die Entwicklung einer österreichischen Mountainbikestrategie unter Berücksichtigung der in zentralen Fragen bei den Bundesländern liegenden Kompetenzen wird begrüßt. Die Strategie soll in Abstimmung der zuständigen Bundesministerien (BMK, BMKÖS, BML, BMAW) mit den Bundesländern erarbeitet werden. Zielsetzung ist die Schaffung eines attraktiven Mountainbikeangebots für die Bevölkerung und die Positionierung Österreichs als eines der führenden europäischen Mountainbikeländer.*

Die Landessportreferent:innenkonferenz begrüßt die Errichtung einer österreichweiten Mountainbikekoordination, die von den Bundesministerien und den Bundesländern eingerichtet werden soll.

Im Rahmen eines Vernetzungstreffens zwischen den Bundesministerien und den Bundesländern soll die weitere Vorgangsweise geklärt werden. Zu diesem Vernetzungstreffen wird das BMKÖS Anfang 2023 einladen.“

Zu Frage 4:

- *Sind österreichweit einheitlich geltende Regelungen für Mountainbiker:innen geplant?*
 - a) *Wenn ja, an den Regelungen welchen/welcher Bundeslands/Bundesländer wird man sich orientieren?*
 - b) *Wenn nein, warum wird nicht an einer einheitlichen Regelung gearbeitet?*

Angesichts der kompetenzrechtlichen Zuständigkeit der Bundesländer bei vielen zentralen Fragen, insbesondere bei jenen des Naturschutzes, gibt es keine rechtliche Grundlage für einheitliche Regelungen durch den Bund. Die Klärung der Frage, ob die Länder eine Vereinheitlichung von Regelungen unterstützen, wird Teil des Strategieprozesses sein. Auf Basis der geltenden Rechtslage und Kompetenzen kann das aber nur auf freiwilliger Basis über eine Angleichung der landesrechtlichen Bestimmungen erfolgen.

Zu Frage 5:

- *Welche Expert:innen werden von außerhalb des Bundesministeriums für Kunst, Kultur, öffentlicher Dienst und Sport sowie den Bundesländern in die strategischen Überlegungen einbezogen?*

Die Sektion Sport steht im regelmäßigen Austausch mit dem in der Präambel der Anfrage genannten Initiator des Mountainbike-Kongresses. Im Rahmen des zu Frage 3 angeführten Vernetzungstreffens soll auch geklärt werden, welche weiteren externen Expert:innen eingeladen werden sollen, am Strategieprozess teilzuhaben.

Zu Frage 6:

- *Inwieweit werden die landes- und bundesweiten Verbesserungen und Erweiterungen der legalen Mountainbike-Möglichkeiten in Österreich evaluiert?*

Die Evaluierung der Entwicklungen in den Bundesländern hinsichtlich der Ausweitung des legalen Mountainbikeangebots ist aus Sicht des BMKÖS sinnvoll und soll Teil der Aufgaben der in Aussicht genommenen Mountainbikekoordination werden.

Zu Frage 7:

- *Gibt es eine inhaltliche/strategische Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Österreichs, um das legale Mountainbiken in Österreich zu verbessern?*
 - a) *Wenn ja, mit welchen Ländern?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*

Mittelfristig ist eine Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten bzw. -regionen wie Bayern, Südtirol oder Tschechien wünschenswert. Die Grundlagen dafür müssen aber zunächst im Rahmen der Entwicklung einer österreichweiten Mountainbikestrategie geschaffen werden.

Mag. Werner Kogler

